# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorausbezahlung 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12221.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

**Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.**

Fernsprecher: Aue 51, Lößnitz (Amt Aue) 443, Schneeberg 19, Schwarzenberg 581. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückg. unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 137. | Dienstag, den 16. Juni 1925. | 78. Jahrg.


## Amtliche Anzeigen.

### Grasversteigerung. Hundshübler Staatsforstrevier.

Die diesjährige Grasnutzung von den Wiesen des Hundshübler Revieres soll gegen sofortige Bezahlung unter den vorher bekanntzugebenden Bedingungen an Ort und Stelle versteigert werden, und zwar:

**Freitag, den 19. Juni 1925,**

von sämtlichen zur Versteigerung kommenden Wiesen, als: Marienwiesen, Marienräume, Werners-Ankäufe, Leistner- und Bauermühlenwiesen, Rohrbachwiesen, die unteren und oberen Weißbachtalwiesen, die Schmidtwiese an Abteilung 62, die Klötzer- und Leistnerwiese, das Funklebräumel, die Becher-, Mädler- und Richterwiesen und der hohe Raum.

Zusammenkunft: vormittags 8 Uhr am Kunstteich.
Geldeinnahme: in Wapplers Gasthof in Hundshübel.

**Forstamt Hundshübel.** **Forstkasse Schwarzenberg.**

### Oeffentliche Stadtverordnetensitzung in Schneeberg

**Donnerstag, den 18. Juni, abends 7 Uhr.**

## Vor neuen Kämpfen.

Von Otto Rippel, Mitgl. d. R.

Eine der notwendigen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues unseres Vaterlandes ist die vertragliche Regelung unserer internationalen Handelsbeziehungen.

Nachdem wir auf diesem Gebiete die uns durch den Versailler Vertrag genommene Handlungsfreiheit wiedererlangt haben, hat die Regierung nunmehr den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen eingebracht und ihn zunächst dem Reichsrate und zur Begutachtung dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt. Die Vorlage soll demnächst dem Reichstage zugehen. Die Auffassung, daß der Reichstag diese Vorlage noch vor der großen Sommerpause, also bis Mitte Juli, spätestens Ende Juli, verabschieden könnte, scheint mir irrig zu sein, denn die Sozialdemokraten und ihr Anhang werden versuchen, die Verabschiedung der Zollvorlage recht lange hinauszuziehen.

Der Kampf um die Frage: Schutzzoll oder Freihandel hat begonnen. Die Sozialdemokratie und ihre Handlanger, die städtische Demokratie, haben den Kampf gegen „die Regierung des Brotwuchers" mit aller Schärfe aufgenommen. Im Verlaufe dieses Kampfes werden wir alle lieben, alten, bekannten Schlagworte, die wir längst verstorben und verdorben wähnten, wieder erleben, denn die Sozialdemokratie, mit ganz, ganz geringen Ausnahmen, beweist schon jetzt beim Beginn des Kampfes, daß sie in den letzten zehn Jahren nichts gelernt und nichts vergessen hat. Der Krieg mit seiner Hungerblockade, die Zwangswirtschaft, die Revolutions- und Inflationszeit sind in dieser Beziehung spurlos an der Sozialdemokratie vorübergegangen. Aus all den üblen Erfahrungen hat sie nichts gelernt. Sie ist, was sie war: eine orthodox-doktrinäre Partei.

Der „Vorwärts" proklamiert den Kampf gegen den Schutz der heimischen, insbesondere der landwirtschaftlichen Arbeit, vom Konsumenten- und Arbeitnehmer-Standpunkt aus und gibt der Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten der anderen Parteien sich in diesem Kampfe in eine geschlossene Reihe mit der Sozialdemokratischen Partei stellen werden. Da wird sich der „Vorwärts" gewaltig irren!

Die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel, ist keine Prinzipienfrage, sondern eine ganz einfache Frage der Zweckmäßigkeit. Die Steigerung der heimischen Produktion, besonders der landwirtschaftlichen, ist eine Lebensfrage Deutschlands. In der Nachkriegszeit ist die Bedeutung der Landwirtschaft für unser Volks- und Staatsleben um ein Vielfaches gestiegen, gegenüber der Vorkriegszeit. Eine antiagrarische Einstellung des deutsches Volkes wäre ein nationales Verbrechen. Wir wollen und müssen wirtschaftlich unabhängig vom Auslande werden. Wenn wir das wollen, müssen wir der ausländischen Spekulation und Konkurrenz, auch in Getreide und Fleisch, entgegenwirken, indem wir unsere Produktion steigern und uns möglichst unabhängig von ihr machen. Dasselbe gilt natürlich für die Industrie und hat hier bisher schon immer so gegolten. Es gilt, den ganzen großen Fragenkomplex des Schutzes der deutschen Wirtschaft oder Arbeit zusammenzufassen und als eine Einheit zu behandeln. Es handelt sich nicht nur um den Getreidezoll, der den deutschen Landwirt und Landarbeiter in seiner mühseligen Arbeit vor der unter günstigeren Bedingungen arbeitenden ausländischen Konkurrenz schützen soll, sondern auch darum, ob der deutsche Bergarbeiter, der Werkzeugschlosser, der Hüttenarbeiter, der Landarbeiter in seinen Arbeitslohnverhältnissen gegenüber seiner ausländischen Konkurrenz geschützt werden soll oder ob wir alles dem freien Spiel der Kräfte, der schrankenlosen, willkürlichen Konkurrenz, überlassen wollen. Tun wir das, dann sind wir bald noch mehr als jetzt schon wehrlose Objekte der Starken, der unter günstigeren Verhältnissen der Natur oder Lebensbedingungen produzierenden ausländischen Konkurrenz.

Die Sozialdemokratie versucht diese rein wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsfrage für ihre parteipolitischen Zwecke auszunützen, die Frage nicht sachlich, sondern parteipolitisch zu behandeln. Sie wird versuchen, in diesem Kampfe der Regierung ein Bein zu stellen und sie zu stürzen, um sich an die Macht zu bringen und dann Volk und Vaterland mit ihrer internationalen Illusionspolitik noch mehr zu verelenden und zu versklaven. Die künstlich errichteten Gegensätze zwischen Stadt und Land aufzurichten, wird in den kommenden Wochen die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Dem sich, um des Volkes willen, entgegenzustemmen, ist vaterländische, nationale Pflicht.

Falsch wäre es, zu meinen, die Wirtschaft ließe sich allein durch Schutzzölle wieder aufbauen und stabilisieren. Die Steuer-, Kredit-, Aufwertungs-, Frachtentarif- und andere Fragen lasten schwer auf unserer Wirtschaft wie auf keiner anderen der Welt. Dazu kommen noch die Kriegslasten und der politische Druck der Entente, die durch ihre Kontrollmaßnahmen noch gerade wieder in diesen Tagen neue Millionenwerte unserer Industrie zerstört und uns Fesseln anlegt, die unsere Bewegungsfreiheit beeinträchtigen.

Das alles soll und muß uns veranlassen, bei den bevorstehenden Kämpfen nicht die Interessen einer Partei oder eines Standes, sondern die großen Lebensfragen und Lebensbedingungen unseres Volkes als alleinige Richtschnur gelten zu lassen.

## Rheinlandkundgebung in Berlin.

**Berlin,** 15. Juni. Bei regnerischem Wetter fand heute unter großer Beteiligung vor dem Reichstagsgebäude die große Kundgebung für die Befreiung der Rheinlande im Rahmen der Jahrtausendfeier statt. Es war ein überwältigendes Bild, als Vertreter aller deutschen Stämme von Nord und Süd und Ost und West, die Frauen vielfach in heimatlicher Tracht, mit ihren Fahnen anrückten, ein ganzes, großes geschlossenes Gefüge, dem sich viele studentische Verbindungen mit ihren Fahnen anreihten. Besonders starken Beifall erweckte es, als die Mädchengruppen des Verbandes der Auslandsdeutschen aufzogen und die Württemberger in der Heimatstracht der Schwarzwälder erschienen. Auch die Schleswig-Holsteiner wurden stürmisch begrüßt und alle Landsmannschaften der Grenzgebiete waren Gegenstand freudigen Empfanges. Der gemischte Chor des Ost- und Westpreußenbundes eröffnete mit einem Vortrage die Feier. Dann sprach der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln, Reichsminister a. D. Wallraf und gab ein feierliches Gelöbnis ab, daß das Rheinland unzertrennlich sei von Preußen und dem Reich und alle Stürme siegreich überwinden werde. Der Rhein solle deutscher Strom bleiben, aber nicht deutsche Grenze sein. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Frenken, begrüßte die deutschen Landsmannschaften aller Stämme, die im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit an der heutigen Kundgebung teilnähmen. Die im unbesetzten Gebiet wohnenden Rheinländer würden nie ihre Heimat und ihre Leiden vergessen; das Rheinland sei die Heimat deutscher Kultur, deutschen Fleißes, deutscher Schaffenskraft, und die heutige Feier in der Reichshauptstadt werde überall ein großes Echo finden. Seien doch die deutschen Landsmannschaften, die mit ihrem Bekenntnis zum Deutschtum aufgetreten seien, Dolmetscher des Empfindens der deutschen Reichshauptstadt. Die Bande, die mit dem Rheinlande die Reichshauptstadt umschließen, seien durch die heutige Feier erneut und fester geknüpft worden. — Unter stürmischem Beifall wurde dann eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß die Zehntausende deutscher Männer und Frauen, die bei der heutigen Gedenkfeier vor dem Reichstag erschienen, getragen von dem Bewußtsein gemeinsamen Schicksals und der Hoffnung für die Zukunft des deutschen Volkes, in unerschütterlicher Treue zusammen mit Ost- und Westdeutschland ihr Gelöbnis aussprechen, an Preußen und dem Reich allezeit treu festzuhalten. — Während der Feier kreisten Flugzeuge der Junkersgesellschaft über der großen Versammlung.

• • •

**Innsbruck,** 13. Juni. Zur Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich veranstalteten die völkischen Vereine einen Fackelzug, an dem u. a. die gesamte Studentenschaft der Universität, die Turn- und Gesangvereine und die Heimatverbände teilnahmen. Der Sprecher Prof. Herbert, Obmann des Turngaues Tirol, betonte die Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme.

### Der mecklenburgische Tschekaprozeß.

**Leipzig,** 14. Juni. Im mecklenburgischen Tschekaprozeß wurde gestern als erster Zeuge der Untersuchungsgefangene Bozenhardt vernommen, der seinerzeit im Gebäude der russischen Handelsunion festgenommen wurde. Er sagte aus, er sei als Bezirksleiter der K. P. D. nach Mecklenburg-Strelitz berufen worden und habe dann von dem Russen „Willy" den Auftrag erhalten, besonders die Tätigkeit der rechtsradikalen Gruppe in Pommern zu beobachten. Er richtete darauf in Stettin zum Schein ein Schokoladengeschäft ein. Von dieser Zeit an sei er dauernd von Berliner Kommunisten bespitzelt worden, da man annahm, daß er Parteigelder unterschlagen habe. Auch der Angeklagte Zeutschel sei im Auftrage der Zentrale nach Stettin geschickt worden, um ihn zu bespitzeln. In längeren Ausführungen ging der Zeuge auf die Korruption ein, die in der K. P. D. herrsche. Von den Mitgliedern bezeichnete er 90 Prozent als Spitzel. Es habe damals so ausgesehen, als wenn es überhaupt keine deutsche Zentralleitung mehr gäbe und als wenn die Russen die Leitung allein in den Händen gehabt hätten. Die Ausführungen Bozenhardts erregten allgemeine Bewegung im Saale.

## Das Kainsmal für England.

### Lloyd George warnt.

**London,** 13. Juni. Lloyd George erklärte in einer Rede in Scarborough, er könnte mindestens zwölf Streitigkeiten zwischen Nationen nennen, von denen jede zu offenem Konflikt führen könne, wenn nicht Mittel gefunden würden, um diese Streitigkeiten durch friedliche Mittel zu beenden. Eine Ursache von endlosen möglichen Schwierigkeiten sei die engherzige, ungerechte und harte Anwendung des Versailler Vertrages. Dieser sei ein schwerer Vertrag, aber dies sei um so mehr ein Grund, ihn mit Toleranz, Wahrheit und Weitherzigkeit auszulegen. Er enthalte Bestimmungen, welche es möglich machten, ihn von Zeit zu Zeit abzuändern und zu beschränken. Dies bedeute, daß die Bestimmungen, so hart sie auch seien, billig ausgelegt werden müssen. Das geschehe aber nicht und dies sei eine der Gefahren des Augenblicks. In Oberschlesien sei nicht das Urteil gefällt worden, das man von einem unparteiischen rechtlichen Tribunal erwartete. Dies werde in Zukunft weitere Schwierigkeiten für Europa schaffen. Was die Nichträumung Kölns anlange, so gäbe es nichts Gefährlicheres für den Frieden als die Besetzung eines Landes durch die Truppen eines anderen Landes. Die Engländer hätten Köln bereits im Januar räumen müssen, hätten es aber immer noch nicht getan. Weshalb? Die Franzosen entdeckten plötzlich, daß die Deutschen die Abrüstungsbestimmungen des Vertrages nicht durchgeführt hätten. Lloyd George erklärte, es sei ein wenig seltsam, daß er, der eine führende Rolle im Krieg gespielt habe, hierher komme, um für einen Feind zu plädieren. Er tue dies aber im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit und als einer, der im Interesse des britischen Reiches seinen Namen unter den Vertrag gesetzt hätte. Er wolle sehen, daß diese Unterschrift von Seiten Großbritanniens eingehalten werde. Zur Paktfrage übergehend führte Lloyd George aus, er habe die Veröffentlichungen in der französischen Presse über den Pakt nicht gern gelesen. Es scheine, daß Frankreich seine Grenzen durch England und Deutschland garantiert sehen wolle, daß es jedoch die Freiheit haben wolle, durch Deutschland zu marschieren, wenn ein Streit mit Polen, der Tschechoslowakei oder irgendeiner anderen Macht eintrete. Wenn England dem Pakt beitrete, nur um Frankreich eine Sicherheit zu geben, die es ihm ermöglichen würde, ungestraft gegen Deutschland Krieg zu führen, so sei das ein Ereignis, welches die Engländer nicht billigen könnten. Lloyd George schloß: „Ich will nicht, daß das britische Reich mit dem Kainsmal auf der Stirn durch die Zeiten geht. Laßt Großbritannien seine Pflicht tun und nichts fürchten."

• • •

**Paris,** 14. Juni. „Petit Parisien" berichtet, die französische Note betreffend den Sicherheitspakt sei bereits in den Händen des französischen Botschafters in Berlin und werde Dienstag der Reichsregierung überreicht werden. Die Veröffentlichung der Note erfolge 48 Stunden später mit allen anderen wesentlichen Dokumenten, dem deutschen Vorschlag, dem ersten französischen Notenentwurf und den zwischen dem Quai d'Orsay und Foreign Office ausgetauschten Noten. Die französische Note umfaßt 5 Schreibmaschinenseiten.

• • •

### Die Genfer Taktik.

**Danzig,** 14. Juni. Zu den Verhandlungen des Völkerbundsrates über den Danzig-polnischen Poststreit äußert sich die „Danziger Ztg." folgendermaßen: Der Spruch des Rates hat keine Ueberraschung gebracht; auch diesmal wieder zeigt sich das alte Bestreben, sich um eine klare Entscheidung herumzudrücken. Mit der Ueberweisung der Angelegenheit an die Spezialkommission hat man wieder Zeit gewonnen, und wer weiß, ob es auch mit dem Gutachten dieser Kommission sein Bewenden haben wird. In der Zwischenzeit aber bleiben die polnischen Briefkästen im Innern der Stadt, die doch, solange das Hafengebiet nicht definitiv abgegrenzt ist, widerrechtlich angebracht sind, ruhig weiter hängen, und der Hohe Rat in Genf, der doch den Schutz der Schwachen auf sein Panier geschrieben hat, sieht ruhig zu, wie das Recht der unter seinen Schutz gestellten Freien Stadt mit Füßen getreten wird. — Die „Danziger Allgem. Ztg." schreibt u. a.: Es wiederholt sich mit unheilvoller Regelmäßigkeit die übliche Genfer Taktik, die schon soviel Schaden angerichtet hat und die auf die Furcht des Völkerbundes zurückzuführen ist, gegen Polen und damit zugleich gegen Frankreich Stellung zu nehmen. Wenn Polen widerspruchslos tun darf, was ihm beliebt, und der Völkerbund nichts dagegen unternimmt, so dürften sehr bald neue polnische Uebergriffe erfolgen. Was dann aber einmal geschehen könnte, dafür tragen die Herren in Genf die Verantwortung. Sie könnte größer sein, als ihnen lieb wäre.

**Braunschweig,** 14. Juni. Hier erfolgte die feierliche Weihe eines Kolonialdenkmals im Stadtpark. Das Denkmal zeigt als Symbol der todesmutigen Tapferkeit unserer Kolonialkrieger einen in Stein gemeißelten Löwen, dessen rechte Pranke auf der Erdkugel ruht, die auf der Vorderseite Afrika zeigt. Nach Beendigung der Feier formierten sich die Teilnehmer zu einem Festzug durch die Stadt.

SLUB
Wir führen Wissen.